

DGB demonstriert gegen Rechtsextremismus

ULM (huda) – „Der 1. Mai ist kein Ausflugs-Tag, sondern ein politischer Tag“, sagt Sandra Grimes. Deshalb nahm die Ulmerin mit vielen Gleichgesinnten an einer Demonstration gegen zunehmende Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Parteien durch die Straßen Ulms und anschließend an der DGB-Kundgebung am Münsterplatz teil.

„Wir setzen mit der Demonstration ein deutliches Signal gegen die alten und jungen Nazis, die sich Ulm und den Alb-Donau-Kreis als Aufmarschgebiet ausgesucht haben“, erklärte DGB-Regionsvorsitzender Wolfgang Klook, der sich als Veranstalter aber auch deutlich gegen Israel-feindliche Demonstranten aussprach, die ebenfalls zum Weinhof kamen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis nahm die Demo zum Anlass, an die zahlreichen türkischen Demonstranten zu appellierten, auf die demokratischen Strukturen in ihrer Heimat zu achten. Doch Sahin Imdat vom regionalen alevitischen Kulturverein sieht sein Agitationsfeld hier, wenn er fordert: „Rücknahme der Gesundheitsreform, Rücknahme der Rente mit 67.“ Und auch bei der Bildung nimmt er klar Stellung: „Eliteuniversitäten und Studiengebühren müssen abgeschafft werden“, damit auch Kinder aus sozial schwächeren Häusern gleiche Chancen haben.



Ausbildungsplätze für Jugendliche: Auch diese Forderung lässt sich offensichtlich mit der Gegnerschaft gegen Rechtsextremismus verbinden. Am Mikrofon unterstützte die Verdi-Vorsitzende in Baden-Württemberg, Sybille Stamm (Mitte), die Demonstranten. Am Mikroskop-Foto: Horst Hörger

Auch Gentechnik ist Thema

Dagegen machte Familie Glas aus Dornstadt mit selbst geschriebenen Transparenten auf ein ganz anderes brisantes Thema aufmerksam, das nach Ansicht von Erika Glas nicht minder demokratiezersetzend wirke: „Gentechnik zerstört Arbeitsplätze“ ist die aktive Landfrau überzeugt, die bald nur noch Großbauern überleben sieht. Den Kampf „Klein gegen Groß“, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, stellte Baden-Württembergs Verdi-Vorsitzende Sybille Stamm wortgewaltig auf dem Münsterplatz dar. Sie betonte den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Zahl von Billiglohnjobs auf der einen und dem Verfall demokratischer Strukturen auf der anderen Seite. Die Wahlverdrossenheit und der Zulauf für rechtsradikale Parteien sprächen eine deutliche Sprache. Wie schon ihr Vordränger OB Ivo Göner forderte die Gewerkschaftlerin einen Mindestlohn,

der sicherstelle, dass die Arbeitnehmer von ihrer Tätigkeit menschenwürdig leben können. Ein Thema, das auch die DGB-Jugend aufnahm: Am Bau des Münsters machte sie in einer Sprechszene deutlich, dass die Gesellschaft dabei ist, die gleichen ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse zu dulden wie vor Jahrhunderten. Entscheidend sei die Investition in die Ausbildung: „Facharbeiter braucht das Land, sonst laufen wir

gegen eine Wand“, reimt der 25-jährige Tobias Zeisberg.

In Ulm fand heuer zum ersten Mal nach Jahren wieder am Mai-Feiertag ein Demonstrationszug durch die Innenstadt statt. Als aktuellen Anlass nannte DGB-Regionsvorsitzender Wolfgang Klook die Zulassung eines Landesparteitags der rechtsextremen NPD in Ehingen vor wenigen Tagen sowie die steigende Zahl an Überfällen

mit rechtsradikalem oder rassistischem Hintergrund hier in der Region. Nach der Demo war Mäifest auf dem Münsterplatz. Die regionalen Gewerkschaftsvertreter nahmen die Kundgebung gestern auch zum Anlass, die Bürger über die anstehenden Streiks in der Metall- und Elektroindustrie zu informieren. Ulm ist heute einer der Schwerpunkte in dieser Tarifauseinandersetzung.